



24 Unterstützer der Initiative „Neustart Schule“ präsentierten ihre Forderungen: Darunter Michael Chalupka (Diakonie), Christa Koenne, Christiane Spiel (beide Uni Wien), Gerald Schöpfer (Rotes Kreuz), Georg Kapsch (IV), Michael Landertshammer (WKÖ), Othmar Karas (Hilfswerk) und Therese Niss (Junge Industrie).

[Neustart Schule]

# Schulreform: Prominenz macht Druck

**Ideen.** Die Initiative „Neustart Schule“, der sich viele prominente Gesichter angeschlossen haben, fordert „eine Revolution“. Dabei soll das „bildungspolitische Zauberwort“ Autonomie helfen.

VON JULIA NEUHAUSER

**Wien.** Eine breite Front mit vielen prominenten Entscheidungsträgern hat gestern, Dienstag, Aufstellung genommen. Schulter an Schulter standen Georg Kapsch (Industriellenvereinigung), Hannes Androsch (Ex-Vizekanzler), Michael Landertshammer (Wirtschaftskammer), Michael Chalupka (Diakonie), Gerald Schöpfer (Rotes Kreuz), Bernd Wachter (Caritas), Therese Niss (Junge Industrie), Othmar Karas (ÖVP bzw. Hilfswerk) und viele mehr. Unterschiedliche Proponenten mit (teils) unterschiedlichen Standpunkten, aber einem gemeinsamen Ziel: Druck auf die Regierung in Sachen Bildung auszuüben.

Denn schon in zwei Monaten, konkret am 17. November, will die Bundesregierung die seit Langem versprochene Schulreform präsentieren. Doch die Hoffnung, dass es sich um einen großen Wurf handelt, schwindet zusehends. Erfolgsmeldungen drängen bislang nämlich noch keine an die Öffentlichkeit, in-

terne Unstimmigkeiten bis hin zum Ausstieg zweier Landeshauptleute aus der Arbeitsgruppe sorgten hingegen für Wirbel.

Die Proponenten, die sich zur Initiative „Neustart Schule“ zusammengeschlossen hatten, machten sich ihr gesellschaftliches Gewicht zunutze („Gemeinsam sprechen wir für fast fünf Millionen Menschen in Österreich“), um zwei Monate vor dem Termin einen neuerlichen Appell an die Regierung zu richten: „Der November-Termin muss ein Erfolg werden – und danach muss es auch weitergehen“, sagt Christian Friesl, der Bildungsbereichsleiter der Industriellenvereinigung. Der Präsident der Vereinigung, Georg Kapsch, wünschte sich „keine Reform, sondern eine Revolution“. Die Inhalte einer solchen präsentierten die 24 Proponenten:

► **Kindergärten zum Bund.** Die Reform müsse im Kindergarten beginnen. Dort sollten österreichweit

gleiche Bedingungen herrschen: gleiche Bezahlung, gleiche Qualitätskriterien, gleiche Ziele. Funktionalisieren könne das nur dann, wenn der Bund die Verantwortung über die Kindergärten übernimmt.

► **Studium für Kindergarten.** Dass Österreich mittlerweile das einzige europäische Land ist, das

Kindergartenpädagogen nicht universitär ausbildet, bezeichnete Proponentin Heidemarie Lex-Nalis von der Plattform Educare als „Skandal“ und forderte eine solche universitäre Ausbildung.

► **Zwei Pflichtkindergartenjahre.** Um für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, spricht sich die Initiative für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr aus.

► **Mehr Schulautonomie.** Das „bildungspolitische Zauberwort“, wie es Friesl nennt, ist auch für die Proponenten die Schulautonomie. Direktoren sollen das Lehrpersonal selbst aussuchen und den Lehrern



Fortbildungen vorschreiben können. Mehr Freiheit sollen die Schulen auch in puncto Finanzen bekommen. Der Schulstandort müsse über eigene Budgets für Entwicklung, Weiterbildung, Lehrbeauftragte und Leistungsprämien verfügen. Mehr Autonomie soll es im Hinblick auf die Pädagogik geben. Unterrichtszeit und Tagesablauf sollen die Schulen in Eigenverantwortung festlegen können. Diesen Forderungen dürfte die Regierung (zumindest teilweise) nachkommen.

► **Mehr Kontrolle.** Mehr Autonomie bedarf laut der Initiative aber auch mehr externer Kontrolle.

► **Geld für Brennpunktschulen.** Die Schulfinanzierung sollte auf neue Beine gestellt werden. Als Beispiel wurden die Niederlande genannt. Dort gibt es ein Pro-Schülerkopf-Budget. Außerdem erhalten Schulen, die von vielen Schülern aus sozial schwachen Schichten oder Migrantenfamilien besucht werden, mehr Budget.

► **Schlankere Schulgesetze.** Auch zum koalitionären Streitthema, der Schulverwaltung, kamen Vorschläge: Der Bund solle die Gesetzgebungskompetenz haben. Die derzeit oft bei den Ländern angesiedelte Ausführungsgesetzgebung müsse abgeschafft und „Educational Boards“ zur regionalen Unterstützung sollen geschaffen werden.

Ob der Appell Wirkung zeigt, bleibt abzuwarten, verhält ist er jedenfalls nicht: Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) begrüßte viele der Vorschläge und versprach: „Wir sind gemeinsam auf einen guten Weg in Richtung 17. November.“